

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Musterung? Wehrpflicht? Schulstreik!



„augen rechts“ von Rudi401 (<https://www.flickr.com/photos/rudi401/247365126>), CC BY-NC 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/deed.de>)

Schulstreik gegen die Wehrpflicht: Dieses Jahr wehren sich Schüler:innen gegen die Aufrüstung. Was ist Teil des Wehrdienstgesetzes, warum Schulstreik und wie weiter? – Ein Interview mit Emil Fabiensi von der Internationalen Jugend.

Am 5. Dezember streiken in diesem Jahr in vielen Städten Deutschlands die Schüler:innen – gegen das neue Wehrdienstgesetz und die Wehrpflicht. Initiiert wurde der Streik in den sozialen Medien zuerst von einem einzelnen Account. Dem haben sich in wenigen Wochen jedoch Schüler:innen aus mehreren Dutzend Städten angeschlossen und eigene Streikkomitees in ihren Städten und Schulen gegründet sowie Aktionen auf der Straße organisiert. Ihr Protest richtet sich dabei vor allem gegen die geplante Wiedereinführung der Wehrpflicht, aber auch gegen Krieg im Allgemeinen und dagegen, dass sie als Jugendliche aus den Entscheidungen über ihre Zukunft ausgeschlossen werden.

Auch ihr als Internationale Jugend seid mit bei den Protesten dabei, habt die Schulstreiks in einigen Städten auch mit initiiert. Wie habt ihr die letzten Wochen rund um das Thema Wehrpflicht wahrgenommen?

Also erst nach sehr viel Hin- und Her bei der Erstellung des neuen Wehrdienstgesetzes haben sich am 13. November CDU und SPD auf einen Entwurf geeinigt. Davor gab es lange eben ein großes Durcheinander, wo niemand irgendwann mehr durchsteigen konnte. Dabei ging es nie um die Frage der Wehrpflicht und der Musterungen an sich, sondern nur

um den genauen Weg dorthin. Die CDU forderte von vornherein eine Verschärfung des Gesetzes und mehr verpflichtende Elemente wie verbindliche Zielmarken für die Anzahl an Rekrut:innen, da ihr der Gesetzesentwurf angesichts der aktuellen „Bedrohungslage“ noch nicht weit genug ging. Auch beispielsweise Markus Söder (CSU) sprach im Oktober davon, dass eine „Wischwaschi-Wehrpflicht“ und „halbe Sachen“ nicht mehr reichen würden. Der Verteidigungsminister Boris Pistorius von der SPD wollte vorerst noch an der Freiwilligkeit festhalten. Auch ihm war so wie allen Beteiligten aber klar, dass es früher oder später damit nicht ausreichen würde – und am Ende die Wehrpflicht sicher kommt.

Monatlich gedruckt
& täglich unter:
perspektive-online.net

Horror-Wunschliste der Regierung

Die schwarz-rote Koalition plant umfangreiche Gesetzesänderungen für die Vorweihnachtszeit, darunter einen radikalen Umbau der Grundsicherung, automatisierte Ermittlungen und eine „Weltraumsicherheitsstrategie“.
> Seite 3

Polizeigewalt ist ein Teil des Systems

Von Polizist:innen verübte Gewalttaten werden nur zu einem Bruchteil verfolgt und bestraft. Die Gewalt wird mit einem immer größer werdenden Budget, besserer Ausrüstung und einem größeren rechtlichen Freiraum begünstigt.
> Seite 6

TV-L-Runde inmitten von Kürzung und Aufrüstung

Der Tarifkampf der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst steht im Zeichen der aktuellen Spar- und Aufrüstungspolitik. Die Beschäftigten werden selbst Druck aufbauen müssen, wenn sie Erfolge erzielen wollen.
> Seite 7

Vorweihnachtszeit = Ausbeutungszeit?

Jedes Jahr explodiert in der Vorweihnachtszeit die Zahl an versendeten Paketen. Das wirft ein Licht auf die Kämpfe um Marktanteile im Versandhandel und die damit verbundene Ausbeutungspraxis.
> Seite 8

Arabischer Frühling: Revolution und Restauration

Vor 15 Jahren nahm von Tunesien aus eine Welle von Aufständen ihren Anfang, die die gesamte Region in Nordafrika und Westasien erfasste. Nach anfänglichen Hoffnungen setzten jedoch bald in den verschiedenen Ländern Rückschritte ein - neue Regimes entstanden. Zu Beginn der regionalen Revolution in den arabischen Staaten

stellte sich Deutschland noch an die Seite der demokratischen Proteste, vor allem in Tunesien und Ägypten. Doch schnell zeigte sich, dass das Interesse Deutschlands weniger dem Freiheitskampf der einfachen Menschen, sondern der Unterstützung verbündeter Regimes in Nordafrika und Westasien galt. > Seiten 4 und 5



Jonathan Rashid (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Tahrir_Square_-_February_9,_2011.png), „Tahrir Square - February 9, 2011“ <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/legalcode>

Und was steht jetzt in diesem neuen Wehrdienstgesetz?

Nun wurde sich auf eine Auswahl per Losverfahren geeinigt: Ab dem 1. Januar 2026 werden alle Jugendlichen ab dem Jahrgang 2008 einen Fragebogen zugeschickt bekommen, der für die Männer auch verpflichtend auszufüllen ist. Für alle anderen bleibt es freiwillig. Ab dem 1. Juli 2027 werden dann verpflichtende Musterungen für alle jungen Männer durchgeführt werden, um zu prüfen, wer sich besonders gut für den Dienst an der Waffe eignet. Gleichzeitig wird mit besonderen Vorteilen geworben, die man bekommt, wenn man sich verpflichtet. So soll beispielsweise der Führerschein bezahlt werden.

Der Dienst an der Waffe bleibt an sich aber erst einmal noch freiwillig – fraglich ist nur, für wie lange. Denn das neue Wehrdienstgesetz sieht auch vor, dass eine „Bedarfswehrgeschichte“ einführt werden kann, wenn die gewünschten Zahlen an neuen Soldat:innen nicht erreicht werden. Hier kommt auch das Losverfahren ins Spiel: Die Jugendlichen, die zum Dienst verpflichtet werden, sollen über ein Losverfahren zufällig ausgewählt werden. Dafür bräuchte es einen gesonderten Gesetzesbeschluss. Allerdings ist jetzt schon abzusehen, dass nur über freiwillige Angebote niemals die angestrebten 80.000 neuen Soldat:innen erreicht werden können. Das heißt: Die Wehrpflicht kommt – früher oder später.

Das Motto eurer Kampagne gegen das Wehrdienstgesetz lautet „Wehr dich gegen die Wehrpflicht! Für unsere Zukunft – gegen Krieg und Aufrüstung“. Wo seht ihr da den Zusammenhang?

In den letzten zwei Jahren wurden gigantische Summen in die Bundeswehr und die Kriegsvorbereitung gesteckt – allein das Sondervermögen 2025 bestand aus mehreren hundert Milliarden Euro – und die Politiker:innen von SPD über Die Grünen, bis CDU sprechen quasi am laufenden Band von der „Bedrohungslage“, von „Sicherheitspolitik“ und eben von Wehrpflicht.

Dieses Wehrdienstgesetz und die Wehrpflicht kommen deswegen nicht aus dem Nichts. Sie sind keine einfachen Launen der Politiker:innen, sondern es ist seit Jahren klar: Deutschland möchte kriegstüchtig werden. Eine Wehrpflicht ist nur ein kleiner Teil einer deutschlandweiten, aber auch internationalen Aufrüstung. Sie ist sowohl beim Nachrichtenlesen, in

den Aussagen von Politiker:innen, als auch beim Weg in die Schule, zur Arbeit, zu Freund:innen oder eigentlich immer, wenn man sich in der Stadt bewegt, zu beobachten: Inzwischen ist es kaum möglich, die U-Bahn zu betreten, ohne ein Plakat der Bundeswehr zu sehen, auf dem für den Krieg geworben wird. Deswegen kämpfen wir gegen die Wehrpflicht, das Wehrdienstgesetz, Krieg und Aufrüstung in einem.

Was ist jetzt los am 5. Dezember? Warum kommt es auf einmal wieder zu einem Schulstreik?

Gegen die Wehrpflicht streiken Schüler:innen in ganz Deutschland am 5. Dezember und sind statt in der Schule auf der Straße, um zu demonstrieren. Der Streik ist eine Initiative, die von vielen verschiedenen Organisationen und Einzelpersonen getragen wird. Innerhalb von wenigen Wochen hatten sich schon in mehreren Dutzend Städten Streikkomitees gegründet, die in ihrer Stadt einen Streik organisieren wollten. Es wurde sich in Chatgruppen zusammengeschlossen, Flyer verteilt, Sticker gedruckt und Plakate aufgehängt. Auch wir haben in vielen Städten mitgewirkt, als Schüler:innen für den Streik geworben und Schulstreik-Komitees gegründet.

Wie die Aufrüstung ist aber auch der Schulstreik Teil einer größeren Entwicklung. In den letzten zwei Monaten ist die Unzufriedenheit der Jugend und ihre Ablehnung gegen die Wehrpflicht immer weiter gewachsen. Ein großer Teil der Jugendlichen findet eine Wehrpflicht zwar schon länger schlecht, Umfragen zeigen dieses Jahr

aber, dass inzwischen über die Hälfte der Jugendlichen dagegen ist. Das Thema wurde für die Jugendlichen in Deutschland immer wichtiger, es wurde mehr darüber gesprochen und immer mehr Jugendliche politisierten sich auch gegen die Wehrpflicht. So sind am Tag der Einigung über das Gesetz ebenfalls in mehreren Städten spontan Jugendliche auf die Straße gegangen, so zum Beispiel auch wir als sozialistische Jugendorganisation Internationale Jugend. In dieser Dynamik ist die Initiative des Schulstreiks wohl genau im richtigen Moment gekommen.

Und warum genau ein Schulstreik?

Das war schon immer ein beliebtes politisches Mittel von Jugendlichen, um ihren Unmut zum Ausdruck zu bringen. Wie auch schon bei der Bildungsstreik-Bewegung vor gut 15 Jahren oder der „Fridays for Future“-Bewegung, in deren Zuge hundertausende Schüler:innen gegen Umweltzerstörung und Klimawandel gestreikt haben.

Es ist schon richtig, dass die Musterungen – vorerst – nicht in der Schule stattfinden werden und auch die Musterungsbriefe nicht in der Schule ausgefüllt werden. Trotzdem ist die Schule auch ein Ort, an dem Aufrüstung stattfindet. In Saarbrücken beispielsweise soll ein neues Schulfach für „Zivilschutz und Resilienz“ eingeführt werden, in dem die Schüler:innen den Umgang mit Katastrophen und Extremsituationen lernen. Das bedeutet im Klartext: Schüler:innen sollen darauf vorbereitet werden, was sie zu tun haben, wenn Krieg in Deutschland herrscht.



„Nein zur Wehrpflicht“, <https://www.instagram.com/p/DA1fkaRsvpF/>

Außerdem wird auch an Schulen immer offener für den Dienst bei der Bundeswehr geworben. Zum Beispiel, indem sogenannte Jugendoffiziere an die Schulen kommen und im Unterricht einen Vortrag darüber halten, was es für Vorteile bringt, sich bei der Armee zu verpflichten und für Deutschland in den Krieg zu ziehen – natürlich nur, um die „Demokratie“ zu verteidigen. Diese Besuche werden immer häufiger, so hat sich die Zahl der Bundeswehrbesuche an Schulen seit 2022 mehr als verdoppelt.

Aber nicht nur, dass die Aufrüstung eben auch in der Schule zu spüren ist, spricht für einen Schulstreik, sondern auch die gleichen Gründe, aus denen die Schüler:innen für das Klima gestreikt haben. Zum einen ist die Schule der Ort, an dem die Schüler:innen den Großteil ihrer Zeit verbringen, an dem sie sich jeden Tag sehen, miteinander sprechen und diskutieren. Da liegt eine Organisation genau dort nahe – denn dort sind sie sowie so gemeinsam.

Ein Streik in der Schule ist zwar nicht dasselbe wie ein Streik im Betrieb, denn die Schüler:innen legen ja keine Arbeit nieder, bei der sie etwas herstellen oder eine Ware erschaffen würden. Aber er kann trotzdem für viel Aufmerksamkeit sorgen: Es ist ein Regelbruch, eine größere Auflehnung als „nur“ eine Demonstration, und eben öffentlichkeitswirksam.

Was würdet ihr sagen: Wie soll es weiter gehen nach dem Schulstreik?

Nach dem Streik ist vor der Organisation, sage ich mal. Die Arbeiter:innenjugend in Deutschland muss sich weiter wehren gegen die Wehrpflicht, die Zwangsmusterung und die Aufrüstung, denn die sind ja nicht einfach dann okay und normal, nachdem das Gesetz verabschiedet wurde. Und so ein langfristiger Widerstand geht nur mit Organisationen, in denen sich Jugendliche vernetzen und weiter aktiv bleiben. An jeder Schule gibt es viele Mitschüler:innen, die wir auch nach dem Streik ansprechen können und mit denen wir gemeinsam gegen Krieg und Wehrpflicht aktiv werden können. Wir als Internationale Jugend werden jedenfalls unser Bestmöglichstes geben, um immer mehr Jugendlichen einen Platz zu geben im Kampf gegen die Aufrüstung.

Also: Lasst uns nicht einfach aufhören nach diesem Schulstreik, sondern weiter aktiv bleiben und nachhaltigen Widerstand leisten gegen die Pläne der Kriegstreiber!

Die Horror-Wunschliste der Bundesregierung

Eine vertrauliche Liste mit Reformplänen der Bundesregierung hat im November ihren Weg in die Presse gefunden. Die schwarz-rote Koalition plant demnach umfangreiche Gesetzesänderungen für die Vorweihnachtszeit, darunter einen radikalen Umbau der Grundsicherung, neue Befugnisse für automatisierte Ermittlungen und eine „Weltraumsicherheitsstrategie“. - Ein Kommentar von Thomas Stark.

Zeit der Besinnlichkeit? Geht es nach der Bundesregierung von Friedrich Merz, sollen die Adventstage genutzt werden, um eine ganz besondere Wunschliste abzuarbeiten. Die „Welt“ veröffentlichte Anfang November einen Bericht über eine „nur für den Dienstgebrauch“ eingestufte Liste mit Reformplänen, deren Umsetzung sich die schwarz-rote Koalition für die folgenden 90 Tage vorgenommen hatte. Die Reformliste umfasst ein breites Spektrum von Themen – von der Grundsicherung über die innere Sicherheit und Aufrüstung bis hin zu einer deutschen Olympiabewerbung.

Klassenkampf von oben und Vorbereitung darauf

Viele der Punkte aus der Liste lesen sich auf den ersten Blick eher technisch, dienen aber dazu, weitergehende Projekte vorzubereiten, mit denen die Merz-Regierung den Staat künftig in ihrem Sinne umkrepeln will. Das betrifft z. B. den Bürokratieabbau und die Digitalisierung in der Verwaltung, die Erweiterung der Befugnisse von Polizei und BKA zur Datenanalyse und zum „biometrischen Internetabgleich“ sowie die Ausweitung des Einsatzes von elektronischen Fußfesseln.

Zentrale Punkte der Liste betreffen direkte Angriffe auf die Arbeiter:innenklasse. Nicht umsonst hat Friedrich Merz in den letzten Monaten immer wieder einen „Herbst der Reformen“ angemahnt und angekündigt, dass dieser im Winter und im kommenden Jahr nahtlos fortgesetzt werden solle. Das Ziel des früheren Finanzmanagers ist es, dass Arbeiter:innen künftig mehr und länger arbeiten sollen, die Sozialsysteme zurückgebaut werden und dass der Staat nach außen und innen aufrüstet.

Um das vorzubereiten, soll in der Weihnachtszeit unter anderem die Grundsicherung umgebaut werden. Eine „Work-and-Stay“-Agentur soll das deutsche Kapital in Zukunft mit ausländischen Fachkräften versor-

gen. Unternehmen sollen von „nicht zwingend erforderlichen“ Regeln befreit werden. Das Verteidigungsministerium soll eine „Weltraumsicherheitsstrategie“ erarbeiten. Und die Regierung will die Präsenz von NATO-Truppen in Ostdeutschland gesetzlich besser absichern.



Martin Rulsch, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0 ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2025-05-05_Unterzeichnung_des_Koalitionsvertrages_der_21._Wahlperiode_des_Bundestages_\(Martin_Rulsch\)_073.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2025-05-05_Unterzeichnung_des_Koalitionsvertrages_der_21._Wahlperiode_des_Bundestages_(Martin_Rulsch)_073.jpg)), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>

Wir werfen im folgenden einen genaueren Blick auf drei der geplanten Maßnahmen.

„Schlimmer als Hartz IV“: Der Umbau der Grundsicherung

Das Ministerium für Arbeit und Soziales, das von der SPD-Vorsitzenden Bärbel Bas geführt wird, hat bereits einen konkreten Gesetzesentwurf zur „Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch“ vorgelegt. Dieser enthält eine Reihe von drastischen Neuerungen für Erwerbslose: Das bisherige Bürgergeld wird zum „Grundsicherungsgeld“ heruntergestuft. Erwerbsfähige sollen ihre Arbeitskraft maximal einsetzen, um aus dem Grundsicherungsbezug wieder rauszukommen. Tun sie dies nicht, erhalten die Jobcenter neue, schärfere Sanktionsinstrumente: Bereits beim ersten abgelehnten Stellenangebot sollen sie den Empfänger:innen von Grundsicherung den Regelsatz entziehen können. Werden drei Termine verpasst, gibt es ebenfalls kein Geld mehr – und ebenso, wenn sich Arbeitslose nicht innerhalb von 30 Tagen beim Jobcenter melden.

Auch die Regeln zum Wohnen wollen Union und SPD für die Bürgergeldempfänger:innen verschärfen. Schon frühzeitig sollen die Wohnkos-

ten begrenzt und von den Jobcentern stärker kontrolliert werden. Vermieter:innen werden durch neue Auskunftspflicht und Nachweispflichten in das System einbezogen. Bei einem Umzug sollen neue Angemessenheitsgrenzen gelten und höhere Mieten nur in Ausnahmefällen gezahlt werden.

Thomas Wasilewski vom Bündnis Menschenwürde und Arbeit bezeichnete die geplante Reform gegenüber der Frankfurter Rundschau als „eine Katastrophe für die Menschen“: „Viel mehr als Hartz IV jemals angerichtet hat, wird diese neue Grundsicherung in dieser Gesellschaft anrichten“.

Automatisierte Polizeiermittlungen

Gleich zwei Gesetzesvorstöße des Innenministeriums sollen „digitale Ermittlungsbefugnisse“ von Polizei und Bundeskriminalamt bei der automatisierten Auswertung großer Datenmengen erweitern. Die Organe sollen künftig etwa „biometrische Internetabgleiche“ durchführen können, also z. B. Gesichter, die von Überwachungskameras aufgenommen werden, mit Online-Daten vergleichen können, um Personen live zu identifizieren.

Was als Maßnahme zur „Abwehr internationaler Terrorgefahren“ dargestellt wird, halten zahlreiche Bürgerrechtler:innen für „biometrische Massenüberwachung“, die klar gegen Europa- und Verfassungsrecht verstößt.

Aufrüstung im All

Nachdem die Regierungskoalition sich im November noch auf eine Re-

form für die Wiedereinführung der Wehrpflicht geeinigt hat, sollen jetzt weitere konkrete Aufrüstungsprogramme angegangen werden. Hierfür arbeitet die Regierung an einer Sicherheitsstrategie für den Weltraum. Konkret will sie sich auf einen möglichen imperialistischen Krieg im All vorbereiten, Abhängigkeiten bei der Nutzung von Satelliten abbauen und den Zugang zum Weltraum sichern. Hierfür sind bis 2035 35 Milliarden Euro eingeplant.

Umstritten ist in der Regierungskoalition lediglich noch der Aufbau von offensiven militärischen Systemen im All – also Antisatellitenraketen und sogenannten „Killersatelliten“. Im Jahr 2022 hatte die damalige Bundesregierung erklärt, auf den Einsatz solcher Systeme zu verzichten, da durch den Abschuss von Satelliten unzählige Trümmerteile ins All geraten. Deutschland wolle sich aber das Recht vorbehalten, auf „Völkerrechtsbrüche im All“ mit Gegenmaßnahmen zu reagieren.

Der Regierung auf die Finger schauen, auch an Weihnachten

Traditionell nutzen Regierungen gerne die Vorweihnachtszeit oder die Wochen während Fußballweltmeisterschaften, um unbemerkt von einer abgelenkten Öffentlichkeit Projekte zu beschließen, die erwartungsgemäß unpopulär sind. Das dürfte auch erklären, warum die Merz-Regierung Maßnahmen wie den Angriff auf das Sozialsystem, die Ausweitung von Überwachungsmaßnahmen und die Kriegsvorbereitung im Weltall in eine Zeit verlegt, die für viele Menschen die stressigste des Jahres ist.

Wenn wir nicht im neuen Jahr mit unerwünschten „Geschenken“ der Regierung konfrontiert werden wollen, müssen wir ihr auch im Dezember genau auf die Finger schauen – und uns gegen die Angriffe, die sie auf die Arbeiter:innenklasse plant, entschieden zur Wehr setzen.

Der Arabische Frühling

Von einer revolutionären Erhebung und ihrer Zerschlagung

Vor 15 Jahren nahm von Tunesien aus eine Welle von Aufständen ihren Anfang, die die gesamte Region in Nordafrika und Westasien erfasste. Nach anfänglichen Hoffnungen im Zuge des „Arabischen Frühlings“ setzte in den verschiedenen Ländern ein Rückschritt zu imperialistisch dominierten Regimes ein. – Ein Kommentar von Ali Najjar.

Am 17. Dezember 2010 verbrannte sich der mittellose Gemüsehändler Mohamed Bouazizi in der tunesischen Stadt Sidi Bouzid öffentlich selbst. Die korrupten Behörden in der Stadt hatten Bouazizi mehrmals unter Vorwänden Waren und Arbeitsgerät abgenommen und ihn gedemütigt und misshandelt. Am Ende sah der 26-jährige keine Möglichkeit mehr, auf irgendeine Weise den Lebensunterhalt für sich und seine Familie zu bestreiten. Das Ereignis löste eine landesweite Protestwelle gegen Armut, Arbeitslosigkeit und staatliche Willkür aus. Die Aufstände speisten sich aus der Wut über die schlechten Lebensbedingungen infolge jahrelanger neoliberaler Politik und der Weltfinanzkrise unter einer korrupten Herrscherelite in Tunesien.

Ein Funke wird zum Flächenbrand

Was in Bouazizis Heimatstadt begann, weitete sich in wenigen Wochen rasend schnell auf große Teile der arabischsprachigen Welt aus. Die Protestwelle – von den Medien bald als „Arabischer Frühling“ bezeichnet – erfasste über 17 Länder von Nordafrika bis Westasien. In der ganzen Region kam es zu anhaltenden Demonstrationen, Streiks und Unruhen mit der Forderung nach besseren Lebensbedingungen und einem Systemwechsel. Ein Ruf erklang damals in den verschiedenen Akzenten der arabischen Sprache in vielen Städten der ganzen Region, von Tunis über Tripolis und Benghazi in Libyen, über Kairo bis nach Dara'a und Qamischlo in Syrien und auch am Golf von Aden: „asch-scha'ab yurid isqat an-nizam!“ – Das Volk fordert den Sturz des Regimes.

Noch im Frühjahr 2011 herrschte eine euphorische Aufbruchsstimmung. Repressive Langzeitherrscher, die ihre Länder teils seit Jahrzehnten regiert hatten, wurden in kurzer Folge gestürzt. In Tunis, wo die Aufstandswelle ihren Anfang nahm, musste Präsident Zine el-Abidine Ben Ali nach 23 Jahren an der Macht das Land verlassen. In Ägypten war Hosni Mubarak nach fast 30 Jahren Herrschaft unter dem Druck der Massen zum

Rücktritt gezwungen. Die Revolution des 25. Januar 2011 forderte hier über 800 Todesopfer durch Polizei und Militär. Zu einem bezeichnenden Symbol für die Aufstände gegen Mubarak und den nach ihm eingesetzten Militärrat wurde das Foto einer Frau, die auf dem zentralen Platz in Kairo, dem Tahrir-Platz, von Polizisten gewaltsam verhaftet und geschlagen wurde. Hierbei wurde ihre Kleidung zerrissen, wodurch ihr blauer BH zu sehen war. Als Graffiti war der blaue BH daraufhin an den Wänden Kairo zu sehen, als Zeichen gegen Gewalt und Erniedrigung durch die Polizei des Regimes.

Im Jemen dankte die Regierung von Ali Abdullah Salih ab, und in Libyen wurde Muammar al-Gaddafi durch einen bewaffneten Aufstand – unterstützt von einer NATO-Intervention – entmachtet, der ihm selbst das Leben kostete. In Syrien reagierte das Regime von Bashar al-Assad früh mit brutaler Gewalt auf die ersten Demonstrationen. Das Land durchlebte seitdem einen 13 Jahre anhaltenden blutigen Bürgerkrieg mit annähernd 700.000 Toten und etwa 7 Millionen Vertriebenen, bis die Herrschaft der Assad-Familie im Dezember 2024 durch eine Offensive der Opposition gebrochen werden konnte. Im Zuge dieses äußerst brutalen Krieges entlud der sogenannte IS eine Terrorwelle über weite Teile Syriens und des Irak. Die in Syrien schon lange unterdrückte kurdische Minderheit entschied sich, im Zuge des Zerfalls des Staates ihren eigenen Weg zu gehen und richtete während ihres Widerstands gegen den IS in ihrer Heimatregion Rojava eine politische Selbstverwaltung ein.

Dort, wo gewisse Erfolge blutig erkämpft werden konnten, feierten Millionen Menschen auf den Straßen und hofften auf einen grundlegenden Wandel. Erstmals schien das erstarrte Herrschaftsgefüge der gesamten Region ins Wanken zu geraten. Doch die Bilanz der arabischen Erhebung

fiel insgesamt ernüchternd aus. Fünfzehn Jahre nach dem „Frühling“ haben sich in kaum einem der Länder die Lebenssituationen für die Arbeiter:innenklasse in ökonomischer und politischer Hinsicht wirklich dauerhaft verbessert – im Gegenteil, in Ländern wie Ägypten herrscht heute ein repressiveres Regime als zuvor. Die alten Machteliten schlugen zurück und behaupteten vielerorts ihre Herrschaft, wie auch in Tunesien. Libyen und der Sudan sind immer noch in inneren Kämpfen zwischen

auch mit fortschrittlichen Teilen der ägyptischen Bevölkerung. Im Juli 2013 putschte schließlich General Abdel Fattah al-Sisi gegen den Präsidenten Mursi von der Muslimbruderschaft – ein Ereignis, das die letzten Reste Hoffnung in die ägyptische Revolution zerschlug und eine anhaltende reaktionäre Wende einleitete. Al-Sisis Machtübernahme markierte den Beginn einer neuen Militärdiktatur, die von Anfang an finanziell und politisch durch regionale und westliche Kräfte gestützt wurde. Insbesondere die reaktionären Golfmonarchien pumpen Milliarden in das Land, um die ägyptische Militärführung zu stützen und ein Wiedererstarken der revolutionären Bewegung oder der Muslimbruderschaft zu verhindern. Diese Kräfte wussten sehr genau, dass revolutionäre Umbrüche ansteckend wirken können. Auch Israel begrüßte den Putsch offen: In Tel Aviv war man besorgt über Mubaraks Sturz und die pro-palästinensische Stimmung der ägyptischen Massen.

In Syrien wurde erst im Dezember 2024 der vermeintliche Sieg und damit auch das Ende der dortigen Revolution verkündet. Und zwar vom aktuellen Übergangspräsidenten Ahmad al-Sharaa. Die Führung des neuen Syriens rekrutiert sich überwiegend aus der Miliz HTS, die al-Sharaa noch unter dem Namen al-Jolani aus dem syrischen Ableger des al-Qaida Netzwerkes formte. Derzeit ist die Übergangsregierung vor allem damit beschäftigt, sich internationale Legitimität zu verschaffen, das Image des internationalen fundamentalistischen Terrors von sich zu weisen und sich innenpolitisch zu festigen. Doch es zeigt sich auch hier eine klare Tendenz, das geostrategisch enorm wichtige Syrien in das imperialisti-



Rückschläge und Restauration

Nachdem nach einer kurzen Übergangsphase die islamisch fundamentalistische Muslimbruderschaft die ersten demokratisch gewählte Regierung in der Geschichte Ägyptens stellen konnte, geriet diese schnell in Konflikte mit den alten Eliten, aber

sche Gefüge der Region einzufügen. Mit Staatsbesuchen, unter anderem in Washington, sucht al-Sharaa, der noch bis vor kurzem auf zahlreichen Terrorlisten gestanden hatte, offensiv die Nähe zum westlichen imperialistischen Block. Die aktuelle Lage in Syrien ist auch für die Interessen Israels und der Türkei von Vorteil. Israel hat im Süden des Landes weitere Gebiete militärisch besetzt, während der Türkei gegenüber loyale Söldnertruppen wesentlich an der entscheidenden Offensive gegen Assad beteiligt waren und im Zuge dessen auch die kurdischen Gebiete an der türkischen Grenzen angegriffen haben.

In dieser schwierigen Lage, in der die Selbstverwaltung von Rojava von verschiedenen Seiten unter Druck gerät, gehen die dortigen Kräfte weitere Schritte im Integrationsprozess

mit der neuen Führung in Damaskus. Währenddessen haben Massaker an religiösen Minderheiten durch den neuen Sicherheitsapparat und vereinzelte Anschläge nach dem Umsturz bei vielen Syrer:innen für Misstrauen gesorgt.

Wie weiter?

Diese Beispiele ließen sich noch fortsetzen. Fast überall im arabischen Raum setzte sich die Reaktion durch – sei es durch Restauration der alten Eliten oder durch die Machtübernahme neuer reaktionärer Kräfte. In einigen Fällen brachten die Aufstände kurzfristige Errungenschaften, doch diese wurden rasch wieder aufgehoben und durch noch restriktivere Verhältnisse ersetzt. So wurde in Tunesien 2014 nach langen Verhandlungen zwar eine demokratische Verfassung

und die Ausweitung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit verabschiedet. Bereits 2021 jedoch wurden mittels Verhängung eines jahrelangen Ausnahmezustands zahlreiche demokratische Errungenschaften durch den neuen tunesischen Präsidenten wieder zurückgenommen.

Was die konterrevolutionäre Wendung im Arabischen Frühling zeigt, ist zum einen, dass imperialistische Mächte von Beginn an ihre eigenen Interessen bezüglich der geopolitischen und ökonomischen Einflussphäre im Blick haben. Die USA und EU reden von Demokratie, aber stützen folgsame Diktaturen, wenn es ihren Interessen dient.

Der Arabische Frühling kann als anschauliches Beispiel dafür gelten, wie sich Proteste gegenseitig beeinflus-

sen und über Landesgrenzen hinweg eine revolutionäre Situation hervorbringen können, die nicht nur einen Staat, sondern eine ganze Region erfasst. Die Erfahrung der Massen in den arabischen Ländern, dass sie als Teil einer zusammenhängenden großen Welle die herrschende Ordnung empfindlich treffen konnten, kann ihnen niemand nehmen. Die Aufstände dieser Zeit haben gezeigt, dass sich korrupte Eliten und Ausbeuter nicht ewig an ihre Throne klammern können. Eine organisierte revolutionäre Bewegung kann auch in Zukunft neue Umstürze bewirken – und hat schon heute die Aufgabe, eigene gesellschaftliche Visionen zu entwickeln, diese im Zuge der Revolution aufzubauen und anschließend zu verteidigen.

Deutschland wollte den Frühling nicht um jeden Preis

Zu Beginn der regionalen Revolution in den arabischen Staaten stellte sich Deutschland an die Seite der demokratischen Proteste in Tunesien und Ägypten. Doch schnell zeigte sich, dass das Interesse Deutschlands weniger dem Freiheitskampf der einfachen Menschen, sondern der Unterstützung verbündeter Regimes in Nordafrika und Westasien galt. - Ein Kommentar von Mohannad Lamees.

Anlässlich seines Besuches auf dem Tahrirplatz in Kairo inmitten der Proteste gegen den ägyptischen Präsidenten Mubarak im Februar 2011 veröffentlichte der damalige deutsche Außenminister Guido Westerwelle eine Grußbotschaft in der ägyptischen Tageszeitung Al Masri al Youm. Deutschland schaue, so erklärte Westerwelle, voller Bewunderung auf die arabische Welt und die friedliche Revolution des tunesischen und ägyptischen Volkes. Es sei eine Zeitenwende eingeleitet worden, deren Bedeutung weit über die beiden Länder hinausgehe. Hinter das von Tunesier:innen und Ägypter:innen gegebene Beispiel werden, so sagte Westerwelle damals voraus, die Länder der Region nicht wieder zurück können. An das ägyptische Volk selbst richtete Westerwelle die Botschaft, dass es selbst entscheiden müsse, welchen Weg und wie schnell es nun Richtung „Demokratie, Rechtsstaat und mehr Wohlstand“ gehen wolle.

Die Worte des deutschen Außenministers sind charakteristisch für die Haltung des deutschen Staates zu Beginn des arabischen Frühlings. Neugierig und mit einiger Sympathie verfolgten die Deutschen das Freiheitsstreben der Jugend in der arabi-

schen Welt – und selbstverständlich hoffte Deutschland darauf, dass sich Tunesien, Ägypten und andere Länder der Region nach den Stürzen der Herrscher gen Europa orientieren und sich bereitwillig dem Einfluss europäischer Länder unterwerfen würden.

Stabilität statt Freiheit

Bekanntlich kam es ein wenig anders als von Westerwelle prophezeit. Und daran, dass letztendlich der arabische Frühling nicht nur hinter die Beispiele der ägyptischen und tunesischen Revolution zurückfiel, sondern zum Großteil in politischem Chaos endete und für Millionen von Menschen mehr Terror und Unterdrückung brachte, ist Deutschland nicht unbeteiligt. Spätestens 2015 war die Begeisterung des deutschen Imperialismus für die revolutionären Bewegungen in Tunesien, Ägypten, Syrien und anderen arabischen Ländern vorbei. Die damalige Bundeskanzlerin Merkel empfing in Berlin den neuen ägyptischen Diktator Al-Sisi. Dieser unterdrückte zwar im eigenen Land gewaltsam die politische Opposition mit Todesstrafen und Folter, versprach Deutschland aber Stabilität in Nordafrika, einen bedingungslosen

Kampf gegen den islamischen Fundamentalismus und eine Einhegung der massenhaften Migration von Geflüchteten aus südlicheren Ländern über Ägypten nach Europa. Deutschland bot im Gegenzug milliardenschwere Investitionen in die schwächelnde ägyptische Wirtschaft. Zusätzlich wurde Ägypten in den darauffolgenden Jahren zum größten Abnehmer deutscher Waffen weltweit.

Ähnlich agierte Deutschland in Syrien, wo es zu Beginn des Bürgerkrieges nur zögerlich Sanktionen gegen den Machthaber Assad verhängte und Assad so die nötige Zeit verschaffte, sein System mit Hilfe von Russland abzusichern. Oder in Saudi-Arabien und den Emiraten, wo ebenfalls mit korrupten und unterdrückerischen Regimes kooperiert wird. In Libyen belieferte Deutschland eine Zeit lang sogar mehrere Bürgerkriegsparteien mit Kriegsgerät. Im Sprech der deutschen Außenpolitik wurde die Politik in der arabischen Welt und die Unterstützung der Regime als das Setzen von „Stabilitätsankern“ bezeichnet. Tatsächlich verankerte diese Politik, oft im Namen des Kampfes gegen islamischen Fundamentalismus und Terrorismus, auch die Unterdrückung von fortschrittlichen Oppositionellen

und revolutionären Kräften in all diesen Ländern.

Folgen auch in Deutschland selbst

Vor allem der Bürgerkrieg in Syrien, aber auch die Verfolgung politischer Gegner:innen in anderen Ländern in Nordafrika und Westasien trieben Millionen Menschen aus den Trümmern des arabischen Frühlings in die Flucht. Nach Deutschland reisten allein im Jahr 2015 über eine Million Geflüchtete ein. Faschist:innen und Islamfeind:innen schürten Ängste und polarisierten die gesellschaftlichen Debatten über den Umgang mit Migrant:innen, Pegida und AfD verbreiteten rassistische Hetze. In den letzten Jahren haben die verschiedenen deutschen Regierungen das Grenzregime und eine Einschränkung der Migration Stück für Stück verschärft, das Recht auf politisches Asyl ist mittlerweile vollständig ausgehöhlt.

Der arabische Frühling und die Rolle Deutschlands hält so schlussendlich für uns eine einfache Lehre bereit: Freiheit wird nicht mit, sondern nur gegen den deutschen Staat und seine geostrategischen Interessen erkämpft.

Polizeigewalt: Unverzichtbarer Teil dieses Systems

Von Polizist:innen verübte Gewalttaten werden nur zu einem Bruchteil verfolgt und bestraft, stattdessen können die Beamt:innen oft unbehelligt agieren. Statt das System dahinter aufzudecken, reduzieren Behörden und Gerichte Polizeigewalt zumeist auf Einzelfälle. Zudem wird diese Gewalt mit einem immer größer werdenden Budget, besserer Ausrüstung und einem größeren rechtlichen Freiraum nur weiter begünstigt. - Ein Kommentar von Nahid Lalsetareh.

Dieses Jahr wiederholten sich Berichte über Polizeigewalt, sei es ein rassistischer Mord oder Gewalt gegen politische Demonstrationen. Auch Statistiken zeigen ein immer weiter ansteigendes Auftreten von Polizeigewalt und Morden. Hierbei handelt es sich nicht nur um eine absehbare Konsequenz des politischen Klimas. Der Rechtsruck findet nicht nur in den Köpfen der Beamt:innen statt, er ist eine Notwendigkeit dieses Systems.

Blut an ihren Händen

Im Jahr 2024 erreichte die Zahl der Polizeimorde ein neues Hoch seit 25 Jahren: 22 Opfer, wobei nur direkte Tode beim Einsatz einer Schusswaffe gezählt werden. Dieselbe Statistik gab bis Ende des ersten Halbjahres 2025 insgesamt 16 solcher Todesfälle an, während Kampagnen gegen Polizeigewalt von 22 Toten durch direkte körperliche Gewalt oder in Polizeigewahrsam berichten. Die bislang größte Untersuchung zur Polizeigewalt in Deutschland kam 2019 zu dem Ergebnis, dass mindestens 12.000 rechtswidrige polizeiliche Übergriffe pro Jahr stattfinden, die realen Zahlen werden fünfmal so hoch geschätzt. Ein Fünftel der Befragten gab in einer Studie im Jahr 2023 an, schwere körperliche Verletzungen, das heißt Knochenbrüche oder Verletzungen an Sinnesorganen, erfahren zu haben. Während die allermeisten dieser Fälle sich während großer, eigentlich von der Versammlungsfreiheit geschützter Veranstaltungen ergaben, wurde im Zuge der Befragung deutlich, dass Menschen mit offensichtlichem Migrationshintergrund gezielte Gewalt von Beamt:innen erfahren haben, beispielsweise durch willkürliche Kontrollen, die „eskaliert“ sind.

Ob es die zahlreichen Erfahrungsberichte von Migrant:innen, das Aufdecken von aktiver Mitgliedschaft von Beamt:innen in einer weiteren faschistischen Chatgruppe oder ein weiterer Mord an einem jungen schwarzen Mann sind, der Rassismus

ist der Polizei auf die Stirn geschrieben. Während die Antidiskriminierungsstelle des Bundes in ihrer Stellungnahme von diskriminierenden Verhaltensweisen unter Menschen, die unsere Demokratie schützen, spricht, und mit ihrer Rhetorik auf unvermeidbare, aber zu bekämpfende Ausnahmefälle deutet, lässt die Realität auf alles andere als moralische Einzelfälle schließen.

Leugnen, drohen, vertuschen

Laut Staatsanwaltschaft wird nur in 2 Prozent der Fälle von rechtswidriger Polizeigewalt eine Anklage erhoben, wobei wiederum in 93 Prozent davon das Verfahren eingestellt wird. Befragte gaben an, nicht nur zu bezweifeln, dass der Gewalttat nachgegangen wird, sondern auch starke Angst vor Repressionen zu haben, aufgrund von Aussagen gegen die Polizei.

Dieser völlig berechtigte Verdacht wurde wiederholt belegt. Nicht nur, dass laut Justizbeamt:innen, Polizist:innen aufgrund eines „institutionellen Näheverhältnisses“ eine „besondere Behandlung“ erfahren, die Polizei verfügt über die völlige Deutungshoheit, was Gewalt und Notwendigkeit angeht. Das „Geradeschreiben“ von Einsatzberichten ist keine Seltenheit, selbst wenn sie Beweisen und Zeugenaussagen widersprechen. Sei es im Fall von Lorenz A. aus Oldenburg, der mit vier Schüssen in den Rücken von der Polizei ermordet wurde, der laut ihren Aussagen ein Messer mit sich gehabt haben soll, welches nie gefunden wurde, oder im Fall von Oury Jalloh, dessen Leiche völlig verkohlt in Polizeigewahrsam gefunden wurde, wobei behauptet wird, dass der gefesselte Mann sich selbst angezündet haben soll.

Letztlich wird derselbe Apparat, der diese Morde durchgeführt hat, damit beauftragt, diesen nachzugehen. Zudem wird versucht, Betroffene und Angehörige zum Schweigen zu bringen, etwa durch Drohungen oder

hohe Geldsummen wie im Fall von Oury Jalloh, bei welchem der Familie 5.000 Euro geboten wurden, um eine Anklage zu verhindern.

Wieso wird das gewaltsame Handeln der Polizei nicht eingeschränkt, sondern durch immer mehr Ausstattung wie etwa Taser, die bereits zu Todesfällen geführt haben, und immer größere Befugnisse weiter ermöglicht? So „erkämpfte“ sich die Polizeigewerkschaft die Erlaubnis, nach eigenen Einschätzungen frei handeln zu können, vor allem was Versammlungen angeht. Zudem kommt es zu immer weiteren Überwachungskameras mit Software zur automatischen Erkennung von Gesichtern, Stimmen und Bewegungsmustern.

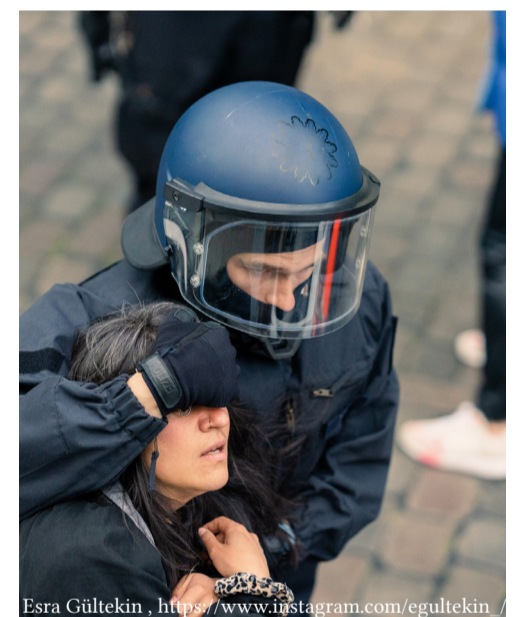
Sollten Betroffene sich trotzdem an die Justiz wenden, führt es meist dennoch dazu, dass dies ins Leere läuft. Die Staatsanwaltschaft berichtet von einem „besonderen Ermittlungsaufwand“ und „hoher Arbeitsbelastung“. Es würde an Personal und Ausstattung mangeln und man würde letztlich oft auf Aussagen der Polizei zurückgreifen. In den meisten Staatsanwaltschaften herrscht außerdem die Grundannahme vor, dass Strafanzeigen gegen Polizist:innen in der Regel unberechtigt seien, weswegen im Schnitt gegen Polizist:innen nur selten überhaupt Anklage erhoben wird. In vielen Fällen kommt es außerdem zu Gegenanzeigen der Polizei selbst: Durch Polizeigewalt Geschädigte sollen so durch oft fadenscheinig argumentierte Vorwürfe eingeschüchtert und die Gewalt gegen sie legitimiert werden.

Repressionen gegen politische Gegner:innen

Bemerkenswert ist hier, dass es keine zu hohe Belastung zu geben scheint, wenn es um politische Veranstaltungen geht.

Über die Hälfte der Fälle von Polizeigewalt ereignete sich während Demonstrationen. Dort fanden auch die meisten Gewaltakte gegenüber

Frauen und trans Personen, also patriarchale Gewalt, durch die Polizei statt. Auch hier werden „Eskalationen“ als Vorwand genommen, wobei ein Fünftel der Befragten angibt, die Eskalation würde oft von der Polizei selbst ausgehen. Anlass dafür ist das Hinterfragen oder Widersetzen gegen Anweisungen oder jegliche Handlung, die nicht das direkte Befolgen dieser ist. Laut Angaben der Polizei käme Gewalt vor allem zum Einsatz, wenn diese als legitim und praktisch eingeschätzt wird, ob rechtswidrig oder nicht.



Esra Gültekin, <https://www.instagram.com/egultekin/>

Dieser völlig undefinierte Maßstab erlaubt und begünstigt willkürliche Angriffe auf die Bevölkerung, vor allem auf die Teile, die den Finger in die Wunde legen. In Köln kam es wegen der Parole „Deutsche Polizisten, Mörder und Faschisten!“ zur Anzeige wegen Beleidigung, die Großdemonstration im Zuge des Rheinmetall Entwaffnen Camps wurde mit massiver Gewalt aufgelöst, Palästinasolidarität wird aufgrund von unterstelltem „Antisemitismus“ kriminalisiert. Währenddessen wird die Mitgliedschaft von Beamt:innen in faschistischen, antisemitischen Gruppen wie „NSU 2.0“ geduldet, weil dieser Staat auf Gewalt gegenüber der Arbeiter:innenklasse aufbaut und weil dieser Staat nicht uns, sondern die bürgerliche Ordnung schützt.

TV-L-Verhandlungen im Schatten von Sparpolitik und Aufrüstung

Am 17. November veröffentlichte Verdi stellvertretend für weitere DGB Gewerkschaften sowie den Deutschen Beamtenbund die Forderungen für die anstehende Tarifrunde der Länder. Der Tarifkampf der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst steht im Zeichen der aktuellen Kürzungs- und Aufrüstungspolitik. Welche Rolle dabei der Staat, die Gewerkschaften und die Beschäftigten selbst einnehmen, beleuchtet Eric Hausmann in einem Kommentar.

Sieben Prozent mehr Lohn, mindestens jedoch 300 Euro bei 12 Monaten Laufzeit fordert Verdi in der Tarifrunde der Länder, welche am 3. Dezember startet. Was auf dem Papier erst einmal nach viel klingt verliert jedoch an Attraktivität, wenn man diese Zahlen in den Kontext der letzten Tarifabschlüsse im TV-L (ca. 15 Prozent tabellenwirksame Erhöhungen seit 2020) und der seitdem anhaltenden Inflation (ca. 22 Prozent seit 2020) setzt. Selbst wenn die Forderung vollumfänglich durchgesetzt werden würde, hätte man gerade so die Reallohnverluste der letzten Jahre abgefangen. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass man sich im Laufe der Tarifrunde wie üblich auf ein Ergebnis ähnlich des Abschluss im TVÖD im Frühjahr (5,8 Prozent in 2 Stufen bei einer 2-jährigen Laufzeit) runterhandeln lässt.

Die deutsche Wirtschaft steckt weiterhin in einer tiefen Krise. Trotz massiver Reallohnverluste, Kurzarbeit und Entlassungswellen ist eine nachhaltige Erholung nicht in Sicht. Gleichzeitig treibt die Bundesregierung seit der ausgerufenen „Zeitenwende“ eine umfassende militärische Aufrüstung voran. Der Krieg in der Ukraine und der anhaltende Konflikt in Westasien werden dabei zunehmend zum politischen Argument, die Prioritäten im Bundeshaushalt neu zu ordnen – zulasten sozialer Bereiche und öffentlicher Dienstleistungen.

Sparen am Öffentlichen Dienst?

Diese Entwicklung prägt auch die finanzpolitische Strategie der Großen Koalition aus CDU und SPD. Bundeskanzler Friedrich Merz kündigte Einsparungen in nahezu allen Bereichen des öffentlichen Lebens an; führende Stimmen aus seiner Partei sprechen offen von „finanzieller Konsolidierung“, besonders im Sozialbereich. Während die Schuldenbremse für Militärausgaben faktisch gelockert wird, trifft der Rotstift vor allem jene, die ohnehin unter prekären Bedingungen arbeiten.

Konkret vollzieht die Bundesregie-

rung ihren Kurs durch ein umfangreiches Reformpaket, das politisch als „Herbst der Reformen“ verkauft wurde. Der Abbau des Bürgergelds zugunsten einer enger gefassten Grundsicherung, eine mögliche Aktivrente, Diskussionen um die Ausweitung der Höchstarbeitszeit – all dies sind Angriffe, welche auch von der SPD mitgetragen werden. Finanzminister Lars Klingbeil kündigte bereits an, dass es damit nicht genug sei, sondern uns ein „Marathon der Reformen“ bevorstehen würde.

Während sich die politische Debatte um Schlagworte wie „Kriegstüchtigkeit“ und „Abschreckung durch Aufrüstung“ dreht, spüren viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst bereits konkret, wohin die Reise geht: Steigende Arbeitsbelastung, Stellenabbau und stagnierende Löhne.

Tarifrunde für eine Million Beschäftigte

Vor diesem Hintergrund beginnen Anfang Dezember die Tarifverhandlungen für rund 1,1 Millionen Landesbeschäftigte. Zum TV-L gehören Lehrkräfte, Verwaltungsangestellte, Erzieher:innen, Krankenhauspersonal und viele weitere Berufsgruppen, deren Arbeitsbedingungen maßgeblich das öffentliche Leben bestimmen. Zahlreiche weitere Beschäftigte sind

an den Tarifvertrag angelehnt – ohne garantierte Übernahme der Ergebnisse.

Völlig außen vor bleiben weiterhin studentische Hilfskräfte, die mit befristeten und schlecht bezahlten Verträgen an Hochschulen arbeiten. Zwar existiert in Berlin bereits ein Tarifvertrag (TV Stud), bundesweit blieb es in der letzten Runde jedoch bei einer unverbindlichen Vereinbarung. Studierendeninitiativen kritisieren dies als Zeichen dafür, dass ausgerechnet die prekär Beschäftigten kaum Berücksichtigung finden.

Die Bedeutung der TV-L-Runde ist immens: Sie betrifft nicht nur den Lohnzettel Hunderttausender, sondern auch die Frage, wie funktions-tüchtig zentrale Bereiche wie Bildung, Forschung, Verwaltung oder Gesundheitsversorgung künftig sein können. Gleichzeitig scheint es, als rechne die Politik fest damit, über Personalkosten einen erheblichen Teil ihrer Sparziele zu erreichen, um das eingesparte Geld dann weiter in die Verteidigungsausgaben zu stecken, welche in den kommenden Jahren verdreifacht werden sollen.

Selber Druck machen!

Auch der Blick auf die Gewerkschaften macht wenig Hoffnungen für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst.

Zwar betten Verdi und GEW die Forderungen in kämpferische Parolen ein, Kritiker:innen innerhalb der Gewerkschaften bemängeln jedoch, dass diese Forderung kaum über den Ausgleich der letzten Reallohnverluste hinausgeht. Für interne Spannungen sorgte zuletzt ein Forderungskatalog der Verdi-Betriebsgruppe der Freien Universität Berlin, der neben einer höheren Festgeldforderung auch eine antimilitaristische Position enthielt. Die schnelle Löschung des Beitrags und die Sperrung der Website durch die Gewerkschaftsführung gewährten einen Einblick darin, dass die Spitzen der Gewerkschaft kämpferische Forderungen nicht stützen, sondern unterdrücken.

Auch dass die DGB-Gewerkschaften in den vergangenen Tarifrunden trotz hoher Inflation nur begrenzten Druck aufgebaut haben, ist vielen Beschäftigten noch präsent. Für die Beschäftigten gilt daher, dass die kommende Tarifrunde eine politische Dimension hat, die über Prozentzahlen hinausgeht. In einer Phase, in der der Staat Rekorde für Rüstungsausgaben erzielt, sollen Einschnitte im Sozialen, im Bildungsbereich und in der öffentlichen Infrastruktur widerstandslos akzeptiert werden. Wenn sich die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst diesen Kurs nicht gefallen lassen wollen müssen sie Wege entwickeln, die Tarifrunde offensiver zu gestalten und konsequente Streikformen als zentrales Mittel zu begreifen – nicht nur zur Durchsetzung besserer Löhne, sondern auch als Signal gegen eine Politik, die Aufrüstung über soziale Sicherheit stellt.

Ob das gelingt, hängt letztlich davon ab, wie viele Beschäftigte bereit sind, sich aktiv zu beteiligen – und ob die Belegschaften darauf drängen, über ritualisierte Warnstreiks hinauszugehen. Klar ist: Die Tarifrunde der Länder wird in diesem Jahr nicht nur ein Konflikt um Einkommen, sondern ein Gradmesser dafür, welche Rolle Beschäftigte im öffentlichen Dienst in einer Zeit politischer und wirtschaftlicher Umbrüche spielen können.



Vorweihnachtszeit = Ausbeutungszeit?

Jedes Jahr explodiert in der Vorweihnachtszeit die Zahl an versendeten Paketen. Das wirft ein Licht auf die Kämpfe um Marktanteile im Versandhandel und die damit verbundene Ausbeutungspraxis. Ein Überblick von Lukas Mainzer.

Die Weihnachtsfeiertage stehen für Ruhe, Zeit mit der Familie und gegenseitiges Beschenken. Doch damit das Weihnachtsfest so stattfinden kann, muss in der Vorweihnachtszeit ordentlich eingekauft werden. Und gesteigerter Konsum geht im Kapitalismus natürlich auch nicht ohne gesteigerte Ausbeutung.

Das Weihnachtsgeschäft ist für den Einzelhandel die umsatzstärkste Zeit des ganzen Jahres. Der Handelsverband Deutschland rechnet für 2025 mit einem Umsatz von etwa 126 Milliarden Euro. Damit macht das Weihnachtsgeschäft im Einzelhandel mit 18,5 Prozent knapp ein Fünftel des Jahresumsatzes aus. Bei Bücherläden oder Spielwarengeschäften liegt der Anteil sogar bei einem Viertel. Besonders spürbar ist das Weihnachtsgeschäft bei Paketzusteller:innen. In der Corona-Pandemie explodierten die Umsatzzahlen des Versandhandels und haben sich seitdem auf etwa 15 Prozent der Umsatzzahlen des stationären Handels eingependelt.

DHL: Saisonarbeitskräfte und Preiserhöhungen

Um den Mehraufwand an Einkäufen im Weihnachtsgeschäft bedienen zu können, stellen viele Händler für November und Dezember zusätzliches Personal ein. Obwohl der DHL-Konzern aktuell in Deutschland Stellen abbaut, werden für das Weihnachtsgeschäft 10.000 zusätzliche Aushilfskräfte eingestellt. Das befristet angestellte Personal soll in Sortierzentren und in der Zustellung von Paketen zum Einsatz kommen. Gleichzeitig erhöht DHL auch die Preise für den Paketversand.

Bisher musste von Händler:innen

während der Vorweihnachtszeit pro Paket ein „Peakzuschlag“ von 19 Cent an DHL bezahlt werden. Ab diesem Jahr erhebt DHL einen zusätzlichen Zuschlag von 50 Cent für den Auftakt des Weihnachtsgeschäfts. Er



soll während der vom Handel ausgerufenen „Black Week“ und „Cyber Week“ zwischen 24. November und 7. Dezember erhoben werden. Vom Handel muss damit während dieser Zeit insgesamt 69 Cent pro Paket extra gezahlt werden. Zusätzlich zu den Versandkosten, die wiederum durch Kund:innen bezahlt werden.

In der eigenen Kapitalmarktpräsentation aus dem April 2025 gibt DHL auch zu, dass die Umsätze des Unternehmens seit Jahren stärker wachsen als die versendeten Paketmengen. Das führt der Konzern auf eine aggressive Preispolitik zurück – die er als Marktführer selbst mit anfeuert.

Obwohl Amazon, der Marktführer im Onlinehandel, mittlerweile selbst Pakete versendet, hat DHL in Deutschland einen Marktanteil von 40 Prozent. Und nutzt diesen immer wieder für drastische Preiserhöhungen aus.

Verstärkte Ausbeutung über Subunternehmen

Von den Rekordumsätzen kommt bei den Beschäftigten im Weihnachtsgeschäft jedoch kaum etwas an. Ihre Löhne bleiben trotz der Mehreinnahmen, etwa durch die neuen Zuschläge, gleich. Es kommen sogar noch mehr unbezahlte Überstunden dazu. Die Vorweihnachtszeit verstärkt dabei die bereits bestehenden Ausbeutungsverhältnisse.

Um mit dem Marktführer DHL in Konkurrenz zu treten, baut Amazon weltweit einen eigenen Zustelldienst

zum Paketversand mit Subunternehmen auf. Und wie so häufig kommt es mit einem Geflecht aus Subunternehmen auch zu besonders prekären und atypischen Beschäftigungsverhältnissen. In Deutschland arbeitet Amazon mit hunderten kleinen und mittelständischen Subunternehmen zusammen, welche ihrerseits die Aufträge zum Teil wieder an Subunternehmen weitergeben.

Sie fahren dann im Auftrag für Amazon Bestellungen aus, aber Amazon selbst entzieht sich der Verantwortung. In den Subunternehmen gibt es dann häufig keine gewerkschaftliche Organisation oder Tarifverträge. Fahrer:innen solcher Subunternehmen berichten etwa von täglich 1,5 unbezahlten Überstunden im Weihnachtsgeschäft, fehlenden Pausen aufgrund des Zeitdrucks oder Kündigungsdrohungen im Krankheitsfall.

Nach einem ähnlichen Konzept versuchen auch andere Paketzustelldienste wie DPD und Co. ihre Kosten zu senken, in denen sie offiziell selbstständige Fahrer:innen beauftragen und ihre Bezahlung von erfolgreich zugestellten Paketen abhängig machen.

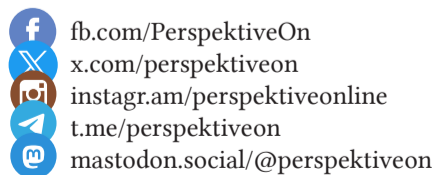
Die Fahrer:innen von Subunternehmen kommen häufig aus dem Ausland. Meist können sie wenig bis kein deutsch und sind dementsprechend auch nicht mit dem deutschen Arbeitsrecht vertraut.

Mit dieser Geschäftspraxis konnte Amazon in den USA bereits die bisherigen Marktführer UPS und FedEx überholen. Auch in Deutschland kämpft Amazon erbittert um Marktanteile – auf Kosten der Angestellten, nur mit deren Widerstand sich etwas daran ändern kann.

PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>



V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Homarstraße 64
51107 Köln

PERSPEKTIVE » MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf dein Handy:

Kanalname bei **WhatsApp**:
Perspektive Online Newsletter

Unserem WhatsApp Kanal beitreten:
<https://whatsapp.com/channel/0029VaASVPM2P59uL22LIK2N>

Kanalname bei **Telegram**:
Perspektive Online

Unserem Telegram Kanal beitreten:
<https://t.me/perspektiveon>

PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“:
<https://perspektive-online.net/printabo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“:
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende:
<https://perspektive-online.net/spenden>